

Bericht über das Erste Europäische Netzwerk-Treffen zu UN-Resolution 1325

Am 11.9.2005 trafen sich Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern im Seminarraum der Berliner „Weberwirtschaft“, um ihre Aktivitäten zur UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu koordinieren. Zur Konferenz eingeladen hatte WOMNET und der deutsche Frauensicherheitsrat, finanziert wurde die Tagung vom Bundesfrauenministerium. Anwesend waren neben Vertreterinnen verschiedener deutscher NGOs Frauen aus der Schweiz und Nordirland, aus Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Polen, Tschechien. Weitere Interessentinnen bzw. Beobachterinnen kamen aus den USA, Kamerun und den Philippinen (siehe auch Teilnehmerliste).

TOP 1. Begrüßung. Sabine Gürtner von Womnet begrüßte die Teilnehmerinnen. Gitti Hentschel, Geschäftsführerin des Feministischen Institutes der Heinrich-Böll-Stiftung und Mitglied der Steuerungsgruppe des deutschen Frauensicherheitsrates, stellte den politischen Hintergrund des Treffens, die Arbeitsweise des Frauensicherheitsrates und die Tagesordnung vor (siehe Anlage).

TOP 2. Vorstellungsrunde der Teilnehmerinnen, Kurzdarstellung der politischen Situation in ihren Ländern. Zusammenfassend kann man sagen: Dank der langjährigen Lobbyarbeit vor allem der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und ihrer Website www.peacewomen.org ist Resolution 1325 zumindest bei den Frauen- und Friedensaktivistinnen in den verschiedenen Ländern weitgehend bekannt, weit weniger aber in den politischen Institutionen, die sie doch eigentlich umsetzen müssten. Und auch wenn sie dort bekannt ist, wird sie nicht implementiert.

In *Nordirland* beispielweise haben die Frauen historisch eine sehr positive Rolle bei Friedensverhandlungen gespielt, und dennoch müssen sie sich weiterhin darum bemühen, einen förmlichen Platz an den Verhandlungstischen zu ergattern.

In *Mazedonien* gibt es eine breite Frauenkoalition, die in Erwägung zieht, ihrerseits einen Frauensicherheitsrat zu gründen. Die politischen Behörden aber sind an einer Einflussnahme der Frauen nicht interessiert.

In *Bosnien* ist Resolution 1325 immer noch recht unbekannt, zumindest auf Graswurzelebene, wiewohl es immer wieder Working Groups oder Meetings gab, unter anderem organisiert von der schwedischen NGO Kvinna till Kvinna, in denen die Resolution im Mittelpunkt stand. In diesem Jahr will die bosnische Regierung dem UN-Generalsekretariat einen Bericht über die nationale Umsetzung von 1325 vorlegen.

Auch im *Kosovo* ist die Resolution nicht sehr bekannt, wiewohl nach den Worten einer Kosovarierin „wie gemacht für Kosova“. Da dieses Jahr womöglich entscheidend wird für den zukünftigen Status des Kosovo (Autonomie oder Unabhängigkeit von Serbien), drängen die Frauengruppen die politischen Institutionen, einen Platz am Verhandlungstisch zu bekommen, bislang aber ohne größeres Ergebnis. In allen möglichen Institutionen und politischen Mechanismen, so die kosovarischen Vertreterinnen, ist die Beteiligung von Frauen zwar offiziell ausdrücklich vorgesehen, aber alle diese Bestimmungen stehen bislang nur auf dem Papier und werden nicht umgesetzt. Die UN-Friedenstruppen, die doch eigentlich ein „role model“ für die

Umsetzung von 1325 sein sollten, sind in ihren höheren Positionen ausschließlich von Männern besetzt, beim EU-Personal sind es fast noch schlimmer aus. Es brauchte fünf Jahre, um Gender Violence Units durchzusetzen, und drei Jahre, damit endlich geschlechtergetrennte Statistiken erstellt wurden.

In *Tschechien* ist Resolution 1325 noch fast gänzlich unbekannt, was sicherlich auch daran liegt, dass Tschechien kein Konfliktgebiet wie Bosnien oder Kosovo ist. In Prag hat sich bereits vor einiger Zeit eine NGO namens Watchbitch gegründet, die beobachtet, wie Politikerinnen auftreten, und in Zukunft vielleicht auch Trainings für Frauen aller Parteien anbieten will. Einige Frauen überlegen ebenfalls, einen tschechischen Frauensicherheitsrat zu gründen.

In der *Schweiz* haben sich die Frauen des Christlichen Friedensdienstes (cfd) um die Verbreitung der Resolution verdient gemacht, unter anderem mit einer Postkartenaktion, bei der rund 7.000 Unterstützer-Postkarten gesammelt wurden. Auch die sozialdemokratische Außenministerin macht sich stark für 1325, sie ließ in ihrem Ministerium einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung entwickeln, über dessen Details aber noch nichts bekannt ist. Im Außen- und Verteidigungsministerium wurde ein Gender Desk eingerichtet. Ein großes Problem ist der Waffenhandel, der natürlich dennoch betrieben wird.

Einige Teilnehmerinnen berichteten außerdem von Erfahrungen in *Afrika* und *Lateinamerika*. In Afrika gibt es große Frauenfriedensnetzwerke, die jedoch nur über geringen politischen Gestaltungsspielraum verfügen. Die Afrikanische Union hat das Prinzip der Gleichstellung auch nur auf dem Papier stehen. Die „Nepad“-Initiative, die unter anderem für „good governance“ auf dem Kontinent sorgen will, ignoriert die Rolle von Frauen im Friedensprozess. In *Kolumbien* und *Mexiko* bemühen sich Frauengruppen, stärkeren Einfluss auf den Friedensprozess zu erlangen.

TOP 3. Referat von Susi Snyder, Generalsekretärin der IFFF in Genf (siehe auch Anlage). Susi Snyder betonte noch einmal die völkerrechtliche Relevanz von Resolution 1325, die am 31.10.2000 verabschiedet wurde. Sie ist die einzige Resolution des Sicherheitsrates, deren Umsetzung jedes Jahr aufs Neue an ihrem Jahrestag im Oktober breit debattiert wird, sowohl innerhalb des Sicherheitsrates als auch außerhalb, in informellen Treffen zwischen Mitgliedern des Sicherheitsrates und NGO-Frauen. Das hat den Oktober in New York zu einem „Frauenfriedensmonat“ gemacht. Auch in diesem Jahr wird es in der Debatte erneut darum gehen, wie die verschiedenen nationalen Aktionspläne zur Umsetzung (nicht) funktionieren.

Das größte Problem ist laut Susi Snyder auch hier die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. So gibt es zum Beispiel seit 2002 in der UN-Abrüstungsabteilung einen Gender Action Plan, der jedoch nicht umgesetzt wird. Die Abteilung für Friedensmissionen (DKPO) will in diesem Oktober einen Gender Action Plan veröffentlichen, der Gender Trainings für das eigene Personal vorsieht.

TOP 4. Diskussion von Susi Snyders Bericht: Im Mittelpunkt der Fragen und Kommentare stand die Einschätzung der von Kofi Annan und anderen vorgeschlagenen UN-Reform und der Kreis der „Friends of the Resolution 1325“.

Ein Reformvorschlag betrifft die Bildung einer neuen „Peacebuilding Commission“, die die Wiederaufbaubemühungen in Postkonfliktregionen koordinieren soll. Im Prinzip, so die Einschätzung von Susi Snyder, wäre die neue Kommission ein Ort guter Einflussmöglichkeit für Frauen, konkret aber sieht es

schlecht aus. Trotz vieler Einflussbemühungen seitens Frauen-NGOs gibt es bislang keinerlei Hinweise, dass die Kommission ein alternatives Sicherheitskonzept verfolgen und die Umsetzung von 1325 betreiben wird. Auch der Präventionsgedanke ist dort bisher nicht aufgehoben, da sie sich nur um Postkonflikt-Situationen kümmern soll. Die UN-Frauenorganisation Unifem und ihre Projekte in Postkonfliktregionen mussten schon jetzt Etatkürzungen hinnehmen und wird durch die Peacebuilding Commission womöglich noch weiter entmachtet.

Auf die „Friends of the Resolution 1325“ sollten die internationale Frauenbewegung nach Einschätzung von Susi Snyder nicht allzu sehr bauen. Das Gremium tagt informell, die Themen werden nicht bekanntgegeben, und wer was betreibt, wird kaum je öffentlich. Einige der Mitglieder sind nur dem Lippenbekenntnis nach „friends“, zum Beispiel das in Sachen Frauenrechten nicht gerade fortgeschrittene Bangladesh. Auch die USA gehören zu den „friends“, in Wirklichkeit aber unterminieren sie mit militärischen Interventionen Frauenrechte.

In der Diskussion kam der Vorschlag auf, dass die europäischen Frauengruppen sich als „real friends of 1325“ zeigen und jeden Oktober gemeinsame Aktionen oder Kampagnen organisieren sollten.

TOP 5: Referat von Simone Wisotzki, Hessisches Friedensforschungsinstitut (siehe Anlage). Simone Wisotzki schlug am Ende ihres Vortrages einen Gender Action Plan für die EU vor, der zwei Säulen haben sollte: Resolution 1325 und der von der OSZE verabschiedete Gender Action Plan. Außerdem müssten natürlich die nationalen Regierungen weiterhin dafür sorgen, dass Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen beteiligt würden.

TOP 6: Diskussion über gesamteuropäische Strategien. Zusammenfassende Darstellung: Die Diskussion war nicht einfach zu führen, da es auf allen Ebenen enormen Nachholbedarf für die Umsetzung von 1325 und ihren „drei Ps“ Partizipation, Prävention und Protektion gibt. Die Herausforderung lautet, die Beteiligung von Frauen einzufordern von der lokaler Graswurzelebene über das nationale Level, die zwischenstaatliche Ebene bis hin zu allen europäischen Institutionen wie EU-Parlament, EU-Kommission, Europarat und OSZE.

Die Bedürfnisse und Prioritäten, so stellte sich in der Debatte schnell heraus, sind dabei sehr unterschiedlich. Für die Frauen aus Postkonfliktländern wie Bosnien oder Kosovo ist die institutionelle EU-Ebene weniger interessant, umso wichtiger aber ist ihre lokale und nationale Einbeziehung in die Friedensprozesse.

Für Frauen aus Deutschland und anderen EU-Länder hingegen ist die Umsetzung von Resolution 1325 in den EU-Institutionen ein zentraler Punkt. Das bietet die Chance, europaweit abzusichern, was national nicht durchsetzbar ist. Das Gleiche gilt im Prinzip auch umgekehrt. Im Grunde geht es auch darum, die Idee der EU als Friedensbündnis aufrechtzuerhalten, das aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs entstand. Einige Aspekte der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik wie der Aufbau einer eigenständigen EU-Interventionsarmee oder einer EU-Rüstungsagentur bedrohen diese großartige Idee nämlich in ihrem Kern.

TOP 7: Praktische Umsetzung:

Mailing List: Alle Teilnehmerinnen des Workshops waren sich einig, dass eine europaweite Vernetzung wünschenswert und nötig ist. Als erster Schritt soll eine elektronische Mailinglist geschaffen werden (verantwortlich: Feministisches Institut), in der alle weiteren Schritte abgestimmt werden können. Nach einem weiteren Vorschlag kann die Mailinglist auch dafür genutzt werden, dass die Frauen Prioritätenlisten für das Campaigning von 1325 für ihr Land vorstellen.

Unterarbeitsgruppe: Da die mangelnde öffentliche Kenntnis von Resolution 1325 in allen Ländern ein Riesenproblem ist, soll eine Unterarbeitsgruppe „Awareness Waking“ geschaffen werden. Verantwortlich: Milus Kotisova, Prag.

Konferenz: Eine Konferenz zum selben Thema im nächsten Jahr wird dringend erwünscht. Ort, Datum und Finanzierung stehen aber noch nicht fest. Verantwortlich für die weitere Planung: Deutscher Frauensicherheitsrat.

Kampagnen: Europaweite Kampagnen sind dringend nötig und erwünscht, weil sich die Fraueninitiativen damit wechselseitig unterstützen können. Eine erste gemeinsame Aktion soll zum diesjährigen fünfjährigen Jubiläum der Resolution am 31.10. stattfinden. Verschiedene Frauengruppen werden um 13:25 Uhr einen Tisch vor den Außenministerien ihrer Länder aufstellen. Sie wollen damit ihre Forderung nach „Frauen an den Verhandlungstisch“ unterstreichen. Diese Forderung gilt weltweit und in diesem Jahr speziell für den Kosovo.

Protokoll: Ute Scheub